



Landes-SGK EXTRA

Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

für den Mai 2019 haben wir ein gemeinsames Ziel: Wir wollen die Stärke der SPD in den Kommunen unter Beweis stellen, weil wir überzeugt sind, die besseren Antworten auf Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der gleichen Lebensverhältnisse zu geben. Unser Ziel ist es, die wichtigsten Grundbedürfnisse für alle Menschen abzuschern und eine zukunftsgewandte und weltoffene Gesellschaft durch unsere Arbeit in den Gemeinden und Städten zu stärken.

Leitlinien der Kommunalpolitik

Die Arbeitsgruppe „Kommunalwahl“ des SPD-Landesvorstandes hat begonnen, am inhaltlichen Programm für die Kommunalwahl 2019 zu arbeiten. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, ein kurzes und prägnantes Programm zu entwerfen, das gut lesbar und innovativ gestaltet ist, um den Bürgerinnen und Bürgern unsere Vision von Politik und unsere Ziele kommunalpolitischer Leitlinien zu vermitteln.

Unser Programm für die Kommunalwahl wird nicht im stillen Kämmerlein erstellt. Wir setzen auf Beteiligung. Wir werden externe Ratschläge und Studien einbeziehen und starten zugleich einen besonders breit angelegten internen Beteiligungsprozess. Ein wichtiger Baustein wird dabei eine Online-Plattform des Landesverbandes sein, der zu moderierten Debatten zu zentralen Themen der Kommunalwahl einlädt. Ebenso sind zufallsbasierte Mitgliederforen, bei denen Mitglieder die Möglichkeit haben, bei Debattenveranstaltungen kommunalpolitische Themen zu diskutieren und diese in die Erarbeitung der kommunalpolitischen Leitlinien einfließen zu lassen, angedacht.

Uns sind die breit angelegte Beteiligung und der Einfluss Eurer Ideen und Themen wichtig, weshalb wir Euch auch ermuntern, sich aktiv



Michael Ebling

Foto: privat

einzubringen. Bis Januar 2019 soll ein finaler Entwurf erarbeitet sein, der schon die Ergebnisse der Beteiligungsprozesse aufgenommen hat. Auf einem kommunalpolitischen Kongress im Februar 2019 wollen wir die kommunalpolitischen Leitlinien der Landes-SPD dann verabschieden. Klare Ziele, gute Inhalte

Genauso wichtig für den Wahlerfolg sind Eure konkreten und speziellen Ziele vor Ort. Deshalb wird den Gliederungen vor Ort ebenso ein Beteiligungskonzept mit an die Hand gegeben, wie in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürger ein Wahlprogramm vor Ort erarbeitet werden kann.

Klare Ziele und gute Inhalte vermitteln sich nicht von alleine. Sie brau-

chen eine gute Kommunikation. Im September und Oktober 2018 starten wir mit regionalen Kick-offs in den drei Regionen Rheinhessen, Rheinland und Pfalz, um den Funktionären vor Ort so früh wie möglich mit einem professionellen Angebot des Landesverbandes für die Kommunalwahl Sicherheit zu geben. Auch die Kommunikationslinie, die Produktpalette und neue Beteiligungsformate werden vorgestellt.

Schon im Herbst 2018 werden wir öffentlich einen Blick auf die Erfolge der SPD-geführten Landesregierung werfen, die sich sehen lassen können. Die Arbeit des Landes mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Roger Lewentz an der Spitze der Partei sind für uns Kommunalpolitikerinnen und -politiker wichtige Stützen,

Inhalt

Kandel nach dem Mord an Mia: Schweigen ist nicht die richtige Antwort

Die Feuerwehren sind die tragenden Säulen

Seit Jahren immer mehr Katastrophenfälle

Kommunen können auch fair einkaufen

Sebastian Tilly für SPD OB-Kandidat in Pirmasens

SGK-Angebote für die Kommunalwahlen 2019

denn gesellschaftlicher Zusammenhalt und gleiche Lebensverhältnisse lassen sich nur sichern, wenn die Zusammenarbeit von Land und Kommunen Hand in Hand greift.

Wir freuen uns auf einen intensiven und anregenden Beteiligungsprozess mit Euch, um mit klaren Zielen und guten Inhalten in die Kommunalwahl zu gehen!

Mit besten Grüßen
Euer

Michael Ebling
Landesvorsitzender
der SGK Rheinland-Pfalz

Das Leben in Kandel hat sich verändert – Schweigen ist nicht die richtige Antwort

Nach dem Mord an Mia im Dezember 2017 regelmäßig Aufmärsche der Rechtspopulisten in der pfälzischen Stadt. Bevölkerung setzt sich mit Bürgerinitiative „Wir sind Kandel“ zur Wehr. Interview mit Stadtbürgermeister Günther Tieleböcker

Autor Wolfgang Kröhler

Seit dem 27. Dezember 2017 ist es mit der Ruhe und Beschaulichkeit der pfälzischen Kleinstadt Kandel vorbei. Damals wurde die 15-jährige Mia von einem jungen Flüchtling aus Afghanistan erstochen. Aufmärsche der Rechtsextremen und Gegendemonstrationen haben das Bild und das Leben in der Stadt verändert. Mittlerweile ist der Täter nach Jugendstrafrecht zu achteinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden – wieder Anlass für Demonstrationen wegen des angeblich zu milden Urteils. Wie geht eine Stadt wie Kandel mit der total veränderten Lage um, wie hat sich das Leben in der Stadt verändert? Den Fragen von DEMO stellte sich der ehrenamtliche Stadtbürgermeister Günther Tieleböcker.

Es ist fast ein Jahr her, dass der Mord an Mia die Stadt Kandel erschüttert und bundesweit in die Schlagzeilen gebracht hat. Seit dieser Zeit leiden die Stadt und ihre Bevölkerung unter den Aufmärschen von Rechtspopulisten. Wie hat sich das Leben seitdem in Kandel verändert?

Der Mord Ende des letzten Jahres und die daraus folgenden Aufmärsche und mächtigen Demonstrationen haben Kandel in eine Schockstarre versetzt. Wenn in einer Kleinstadt mit 10.000 Einwohnern von außen 4.500 Demonstranten angekarrt werden, die rechtspopulistische Parolen von sich geben, wenn Hubschrauber kreisen, hunderte von Polizisten versuchen, das Stadtleben in Ordnung zu halten und die Demonstrationen lenken, dann ist das ein Ausnahmezustand, den wir vorher nicht gewohnt waren.

Diese Demonstrationen haben sich dann Monat für Monat fortgesetzt und auch jetzt findet an jedem 1. Samstag im Monat noch eine De-



Günther Tieleböcker ist seit 2004 Bürgermeister der Stadt Kandel. Von 1981 bis 2009 war er auch Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kandel.

monstration, initiiert von einem rechten Spektrum aus Mannheim, in Kandel statt. Sie kommen privat mit Autos, Motorrädern und Bussen an und fahren hinterher wieder weg. Der Anteil der Mitläufer aus Kandel lässt sich sicherlich an einer Hand abzählen.

Das Leben in Kandel hat sich in diesem Jahr verändert. Wir sind Aufmarschgebiet geworden von rechts und auch von Linkspopulisten. Zunächst war die überwiegende Meinung Anfang des Jahres, nicht zu reagieren, die Rollläden runterzulassen und die Demonstrationen an sich vorbeiziehen zu lassen. Man erkannte dann aber bald, dass Schweigen nicht die richtige Antwort ist, sondern dass man sich zur Wehr setzen muss. Deshalb kam es dann auch zur Bürgerinitiative „Wir sind Kandel“, die der Stadtrat einstimmig durch Beschluss auch unterstützt. Es ist gelungen, unter diesem Begriff „Wir sind Kandel“ alle Bevölkerungsgruppen bis hin zu den Kirchen, Handel und Gewerbe und alle politischen Fraktionen zu vereinen und gemeinsam zu agieren. Insofern hat sich durch diese Aufmärsche in Kandel auch das Gemeinschaftsbewusstsein unter der Bevölkerung verstärkt. Man rückt näher zusammen, weil

man erkennt, dass man nur gemeinsam und zusammen diesen Populisten entgegentreten kann.

Wie schätzen Sie die Lage ein, mobilisieren die Rechten ihre Anhänger in erster Linie von außerhalb und welche Rolle spielt dabei die rheinland-pfälzische AfD?

Ja, die Anhänger der Rechten kommen ausgewiesenermaßen aus dem baden-württembergischen Raum, aus Nordrhein-Westfalen und zum Teil auch aus dem Norden von Rheinland-Pfalz. Die AfD hält sich nach meiner Einschätzung hier bei den Demonstrationen in Kandel zurück. Wir haben ja einen Bundestagsabgeordneten der AfD hier in Kandel, aber ihn hat man bei diesen Demonstrationen bisher nur ganz wenig gesehen. Obwohl die Anzahl der Demonstrationen von anfänglich 4.500 Personen auf jetzt geschätzte 200 bis 300 Personen zurückgegangen ist, sind die Äußerungen,



Die Hauptstraße in Kandel ist seit dem Mord an Mia regelmäßig Schauplatz von Demonstrationen.

Fotos (2): Stadt Kandel

die Lautstärke und die Aggressivität eher gewachsen, als dass sie nachgelassen haben. Auch sogenannte Reichsbürger finden ihren Platz, um sich hier kundzutun.

Wie haben die Menschen in Kandel bisher auf die schrecklichen Ereignisse reagiert, gibt es sowas wie einen Aufstand der Besonnenen und Anständigen?

Es gibt keinen Aufstand der Bürger in Kandel gegen die populistischen Aufmärsche, allerdings weiß man mit demokratischen Mitteln wie Transparenten und Kundgebungen – wie jetzt geschehen durch das „Festival der Kulturen“ – bürgerlichen Widerstand zu leisten. Die Betroffenheit ist gegenwärtig und veranlasst viele, die sich sonst parteipolitisch nie engagieren würden, sich jetzt doch gegen die Rechtspopulisten in einem Maße zu engagieren, wie sie das früher wohl nie gedacht hätten. Dabei ist positiv festzustellen, dass es sicherlich viele Kritikpunkte an unserer Gesellschaft und an den politisch Verantwortlichen gibt, jedoch wir einmütig zusammen stehen, wenn es Angriffe auf unseren demokratischen Staat gibt. Dies hat man auch bei der Reaktion auf das Urteil über den Mord von Mia gesehen. Unverständnis herrscht, warum das Gericht der Forderung der Staatsanwaltschaft, die Höchststrafe zu verhängen, nicht gefolgt ist und den Mörder nur zu acht Jahren und sechs Monaten verurteilt hat. Dennoch wird das akzeptiert, weil unser Rechtssystem akzeptiert und auch für in Ordnung gehalten wird. Einige Erklärungen hierzu, warum man von der Höchststrafe abgewichen ist, wären allerdings hilfreich gewesen.

Sie selbst als ehrenamtlicher Bürgermeister der Stadt Kandel wurden ja zur Zielscheibe von Rechtspopulisten und Nazis. Wie gehen Sie persönlich mit dieser Situation um?

Als Bürgermeister der Stadt habe ich in diesem Jahr einige unruhige Tage und Wochen erlebt. Nach dem Mord und den ersten Demonstrationen waren wir alle in Kandel sehr betroffen. Es brach dann eine Wutwelle mit Anschuldigungen und anonymen Mordvorwürfen über die sozialen Medien auf meinen Bürgermeisterkollegen Volker Poß und mich ein,

die vorher nicht vorstellbar gewesen sind. Man fragt sich schon, in welchem Kulturkreis diese Menschen aufgewachsen sind, die sich zu solchen Äußerungen hinreißen lassen, wie „du bist verantwortlich für den Mord“, „du hast nicht mehr lange zu leben“, „die Messer sind schon gewetzt“, „wir wissen, wo sich deine Familie aufhält“, „wir wünschen dir einen langsamen Tod“, „wenn wir an der Macht sind, würdest du sofort entsorgt“ und so weiter. Diese Situation hat sich inzwischen verbessert, persönliche Angriffe über anonyme Mails sind jetzt nicht mehr gekommen. Nach der Verurteilung des Mörders kam das ein oder andere, auch mit einem Nazi-Emblem und dem Spruch hintendrauf „früher hätten wir das schneller erledigt“. Dennoch bleibt man stärker wachsam und reagiert sensibler auf die rechtspopulistischen Äußerungen.

Die Republik kommt nicht zur Ruhe, die schlimmen Vorkommnisse von Chemnitz haben uns das wieder vor Augen geführt. Gibt es überhaupt ein geeignetes Mittel, um den rechten Mob zu stoppen? Haben Sie als Sozialdemokrat aufgrund der Erfahrungen in Kandel Ratschläge für ihre Parteifreunde, wie man mit den Rechtspopulisten umgehen und sie in die Schranken weisen kann?

Die Vorkommnisse in Chemnitz haben eine ganz andere Dimension als in Kandel. Die Ursachen, dass dort Tausende Menschen auf die Straßen gehen, sind vielfältig. Auf der einen Seite ist klar, und da müsste man auch stringenter als bisher vorgehen, dass Angriffe auf unseren Rechtsstaat konsequenter geahndet werden müssen. Auf der anderen Seite muss man auch sehen, dass hohe Arbeitslosigkeit, ungesicherte Renten – wer kann mit 48 Prozent „Rentensicherheit“ noch leben – steigende Mieten, ungerechte Verteilung des Volkseinkommens oder das Auseinanderklaffen von Reich und Arm Beweggründe sind, auf die Straße zu gehen. In Kandel war die Polizei immer Herr der Lage, und es gab dadurch keine Verunsicherung an Leib und Leben für die Bevölkerung. Auch waren die Kontakte zur Landesregierung intensiv, die Ministerpräsidentin hat sich selbst um unsere Belange



Analyse · Entwicklung · Umsetzung



Foto: pixabay.com

Unsere nächste Themenveranstaltung

07.12.2018 · 13-16 Uhr · MAFINEX-Technologiezentrum Mannheim
Julius-Hatry-Straße 1 · 68163 Mannheim

Digitale Transformation betrifft nicht nur die technischen, sondern nahezu alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung. Insbesondere ändern sich durch die Digitalisierung die Anforderungen an die MitarbeiterInnen hinsichtlich Qualifikation und Kommunikation. Weitreichende Neuerungen der Organisation werden ebenso erforderlich, wie eine Neuausrichtung der Verwaltung gegenüber den BürgerInnen und der Wirtschaft.

Wie diese umfassende Transformation für Ihre Kommune auszugestalten und umzusetzen ist, lässt sich nicht mit Blaupausen beantworten. Es sind vielmehr individuelle Lösungen gefragt, die alle Handlungsbereiche integrieren.

Wir helfen Ihnen bei der Analyse, der Entwicklung von Konzepten zur Umsetzung und nicht zuletzt bei Fragen der damit verbundenen Kommunalfinanzen.

proflog verbindet wissenschaftliche Expertise und know-how in Politikberatung mit langjähriger Erfahrung aus der Kommunalverwaltung.

**Weitere Information finden Sie unter:
www.proflog.eu**

proflog GmbH
Mühlwingertweg 1 · 69242 Mühlhausen
info@proflog.eu

gekümmert. Das Innenministerium wie auch alle Fraktionen im Landtag – bis auf die AfD – haben sich für unsere Interessen eingesetzt und uns auch durch ihre persönliche Anwesenheit unterstützt. Das tut in einer solchen Situation gut und stärkt den Rücken. Man fühlt sich nicht allein gelassen. Dieser psychologische Moment ist, gerade wenn so etwas plötzlich auf einen zukommt, unbeschreiblich wichtig.

Geben Sie mal eine Prognose ab: Ist unsere Demokratie in Gefahr? In Umfragen liegt die AfD vielerorts schon vor der SPD. Steht die Sozialdemokratie – wie in vielen Staaten Europas – auch bei uns am Abgrund zur Bedeutungslosigkeit?

Die Demokratie ist nach meiner Einschätzung durch Vorkommnisse in Chemnitz oder in Kandel oder auch woanders tatsächlich nicht in Gefahr. Man kann, wie ich in Kandel jetzt beurteilen kann, durchaus sehen, dass

auch durch die Gegenbewegung ein stärkeres Bewusstsein zur Erhaltung der Demokratie geschaffen wurde.

Allerdings: Wenn sich auch unsere Sozialdemokratie in ihrer Einschätzung der Lage nicht ändert, ist zu erwarten, dass die AfD vielerorts noch zulegen wird, weil dieses Potential des Ungerechtheits und der ungerechten Behandlung sich dort wiederfindet. Das müssen nicht unbedingt Rechtspopulisten sein, sondern meistens sind es Menschen, die von unseren Führungskräften auch in der SPD enttäuscht sind. Ich habe den Eindruck, dass unsere Spitzenkräfte in der Bundespolitik der SPD sich als Juniorpartner der Politik gut eingerichtet haben. Gesellschaftliche Veränderungen, wie sie von vielen Sozialdemokraten gewünscht werden, sind von ihnen sicherlich nicht zu erwarten. Die Konsequenzen lassen sich jetzt schon aus den Prognosen ablesen, ein weites Abrutschen ist gewiss. Unverständlich für mich

als alten Sozialdemokraten, der die 68er Jahre bewusst miterlebt hat und der für eine Änderung der Gesellschaft zugunsten von mehr Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich gekämpft hat. Dabei ist es nicht so, dass es keine Lösungsmöglichkeiten gäbe: Zum Beispiel, wenn jeder Asylbewerber für seinen Eigenunterhalt mitarbeiten müsste. Wer mit unserem demokratischen Staat nicht einverstanden ist und ihn bekämpft, missbraucht das Gastrecht und muss uns schleunigst verlassen. Umstellung der „Entwicklungshilfe“ von der Ausbeutung des schwarzen Kontinents zu einer tatsächlichen Unterstützung der Bevölkerung und nicht der korrupten Führungsspitze, sodass die Not, die Heimat zu verlassen, für viele Menschen gelindert wird. Sichere Rente, von der man im Alter auch leben kann und nicht in die Altersarmut fällt. Rückkauf der Sozialwohnungen, die vor Jahren vom Staat privatisiert wurden. Es gäbe noch sehr viel mehr, um einen

sozialen Ausgleich und damit mehr Ruhe und Sicherheit in unserer Gesellschaft wieder herzustellen. Aber leider fehlt die Courage! Ich hoffe, dass die Sozialdemokratie bald wieder solche Personen hervorbringt. Dann dürfte es auch bald wieder aufwärts gehen.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Klarastr. 14 A, 55116 Mainz

Redaktion: Wolfgang Kröhler
Telefon: (06737) 260
Michael Ebling, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG
Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz: **www.bnr.de**

Unter Volllast für den Brandschutz: Feuerwehr in der Gefahrenabwehr des Landes

Sie ist eine Säule der Gefahrenabwehr in Rheinland-Pfalz. Immer mehr Einsätze bei Katastrophen. Aufgabe in kommunaler Selbstverwaltung. Land unterstützt mit Millionen von Fördermitteln

Autor Innenminister Roger Lewentz

Ohne Zweifel, die Feuerwehr ist eine tragende Säule der Gefahrenabwehr in Rheinland-Pfalz. Ihre vielfältigen Aufgaben reichen vom Brandschutz über die Hilfe bei Unfällen bis hin zu Einsätzen bei Unwettern und anderen Naturkatastrophen. Besonders letzteres hat in der jüngeren Vergangenheit erhöhte Relevanz für die Einsatzkräfte, die Politik und auch für die Öffentlichkeit. Die zahlreichen Unwetterlagen in Rheinland-Pfalz und in der ganzen Bundesrepublik haben die Einsatzkräfte und ihre Ausrüstung stark gefordert. Und die Tendenz ist steigend! Die Feuerwehr steht für schnelle Hilfe in Notlagen. Deshalb lohnt ein genauerer Blick auf die Organisation, die Leistungsfähigkeit und auch auf die Finanzierung der Arbeit der rund 51.000 ehrenamtlichen Feuerwehrleute in unserem Land. Ihnen gilt höchster Dank und größte Anerkennung für ihre Leistung zum Wohle unserer Gesellschaft.

Solidarische Zusammenarbeit

Grundsätzlich gilt: Brand- und Katastrophenschutz sind Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung. Dabei gilt es zwischen der örtlichen Gefahrenabwehr, also dem Brandschutz und der Allgemeinen Hilfe auf Ebene der Verbandsgemeinden sowie verbandsfreien Gemeinden, und der überörtlichen Gefahrenabwehr zu unterscheiden. Wobei für die überörtliche Gefahrenabwehr die Landkreise und kreisfreien Städte verantwortlich sind. Im Gegensatz zu der örtlichen Gefahrenabwehr umschließt die überörtliche Gefahrenabwehr neben dem Brandschutz und der Allgemeinen Hilfe zusätzlich den Katastrophenschutz. Als verbindlicher Rahmen für die Erfüllung der Pflichtaufgaben der kommunalen Aufgabenträger sind das Brand- und Katastrophenschutzgesetz (LBKG) und die Feuerwehrverordnung maß-



Roger Lewentz Foto: SPD Rheinland-Pfalz

gebend. Gerade in Zeiten hoher Anforderungen im Einsatz und in Anbetracht der gesellschaftlichen Veränderungen durch die fortschreitende Digitalisierung, den demografischen Wandel und eine verstärkt zu beobachtende Individualisierung erfährt die Zusammenarbeit der Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben eine steigende Bedeutung. Die sogenannte interkommunale Zusammenarbeit geht mit einer Aufgabenteilung einher, die zukunftsweisend für die Organisation der Feuerwehr ist. Solidarische Zusammenarbeit im gemeinsamen Interesse ist das Fundament eines leistungsfähigen Brand- und Katastrophenschutzes zur Sicherheit unserer Mitmenschen.

Anspruch: schnelle Hilfe

Das gemeinsame Schultern von Aufgaben in diesem Bereich macht die Beschaffung von Ausrüstung, Fahrzeugen und auch die Nachwuchsgewinnung erheblich leichter. Das kommt der Leistungsfähigkeit und Schlagkraft der Einsatzkräfte zugute. Im Ernstfall ist es das, was für die Menschen wirklich zählt. Schnelle

Hilfe ist der Anspruch. Dieser Maxime hat sich auch die rheinland-pfälzische Landesregierung verschrieben. Der sowohl unkomplizierten, schnellen als auch möglichst störungsfreien Kommunikation kommt dabei eine enorme Bedeutung zu. Klare Strukturen und präzise Absprachen sind für die Arbeit der Feuerwehr unbedingt notwendig. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, haben wir für Rheinland-Pfalz den Digitalfunk und die zentrale Abfrage- und Vermittlungstechnik für die Integrierten Leitstellen eingeführt. Das sehr zuverlässige zentrale Einsatzleitsystem befindet sich darüber hinaus momentan in der Phase der Umsetzung. Im Entwurf des Doppelhaushalts des Landes für die Jahre 2019 und 2020 sind 4,7 Millionen Euro für die landesweite Umsetzung vorgesehen.

Das zentrale Einsatzleitsystem wird von allen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben genutzt. So werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Rettungsdienste, Katastrophenschutz, die Polizei und die Feuerwehr unkompliziert und koordiniert zusammenarbeiten können. Für den gleichen Zeitraum sind zusätzlich Investitionen in Höhe von rund 11,4 Millionen Euro für die zentrale Abfrage und Vermittlungstechnik geplant.

Selbst die beste Ausrüstung und Infrastruktur hilft im Einsatz jedoch nicht, wenn die Kameradinnen und Kameraden unzureichend ausgebildet sind. Für die qualifizierte Ausbildung der Führungskräfte und Spezialisten im Ehren- und Hauptamt der Feuerwehr sorgt die Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule des Landes (LFKS). Sie ist das zentrale Kompetenzzentrum für den Bevölkerungsschutz in Rheinland-Pfalz. Im vergangenen Jahr wurden rund

5.000 Einsatzkräfte in 260 Veranstaltungen aus- und fortgebildet. Der tatsächliche Bedarf an qualifizierenden Maßnahmen kann jedoch momentan nicht vollumfänglich abgedeckt werden. Denn auch die Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule leidet unter dem allgegenwärtigen Fachkräftemangel. Dennoch gelingt es, den überwiegenden Großteil des Aus- und Fortbildungsbedarf abzudecken. Das spricht für die hoch motivierte und engagierte Arbeit der Lehrkräfte. Sie arbeiten unter Volllast für den Brandschutz.

Für die Landesregierung ist die LFKS eine zentrale Größe im Bevölkerungsschutz. Die Bemühungen, die vakanten Stellen möglichst rasch nachzubeseetzen, sind deshalb groß. Um möglichen Angebotsengpässen vorzubeugen und die Lehrkräfte an der LFKS zu entlasten, sind im Doppelhaushalt 2019/20 zusätzliche neue Stellen vorgesehen. Hinzu kommen weitere neue Stellen für den Brand- und Katastrophenschutz bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz, die das Feuerwehrwesen unterstützen. Außerdem sind Stellenhebungen vorgesehen, die finanzielle Anreize setzen und die Attraktivität des Feuerwehrwesens in Rheinland-Pfalz zusätzlich steigern. Der Doppelhaushalt wird von der Ministerpräsidentin am 23. Oktober 2018 in den Landtag eingebracht.

In der aktuellen Debatte um die Personalsituation bei der LFKS steht auch die Finanzierung der Feuerwehr immer wieder im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung. Grundsätzlich obliegt die Finanzierung der Ausrüstung und Gebäude den Gemeinden. Sie werden dabei mit Fördermitteln vom Land unterstützt. In den Jahren 2011 bis 2017 erhielten die kommunalen Aufgabenträger Fördermittel in Höhe

von rund 96 Millionen Euro für den Brand- und Katastrophenschutz. Für einen Teil dieser Förderung können die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer verwendet werden. Diese sind nach dem LBKG zweckgebunden und dürfen, dem Folge leistend, nur für den vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz eingesetzt werden. Für das Jahr 2017 standen Einnahmen in Höhe von 23,7 Millionen Euro aus der Feuerschutzsteuer zur Verfügung. Davon wurden die Beschaffung von Ausstattung und der Bau von Feuerwehrräumen für das Jahr 2017 mit 13,9 Millionen Euro gefördert. Aus den Einnahmen der Feuerschutzsteuer wird auch die institutionelle Förderung des Landesfeuerwehrverbandes getragen. Die übrigen Mittel wurden überwiegend für Ausstattung und Personal der Feuerweherschule verwendet.

Qualifizierte Ausbildung

Auch diese finanziellen Mittel kommen den Feuerwehren vor Ort zugute. Die Arbeit der LFKS ist der Garant für eine qualifizierte Ausbildung und die Grundlage für das notwendige Fachwissen in Gefahrensituationen, die den Einsatzkräften Höchstleistungen abverlangen. Darüber hinaus ist ein gutes System für die Ausbildung eine wirksame Maßnahme für die Nachwuchskräftegewinnung. Wer den hohen Professionalisierungsgrad der rheinland-pfälzischen Feuerwehren kennt, der wertschätzt diesen und kann selbstbewusst um Nachwuchs werben.

Die Nachwuchskräfte in der Feuerwehr sind die Zukunft unseres Brand- und Katastrophenschutzes. Sie gilt es für die Feuerwehrarbeit zu begeistern, zu gewinnen, gut auszurüsten und vor allem gut auszubilden. Nur so können wir auch in Zukunft darauf vertrauen, dass wir schnelle und koordinierte Hilfe im Fall eines Brandes, eines Unfalls oder eines Unwetters bekommen.

Viel Solidarität in Notlagen

Bilanz der Unwetter in Rheinland-Pfalz

Autor Staatssekretär **Randolf Stich**

Für das, worauf sich die Bewohnerinnen und Bewohner von Überschwemmungsgebieten früher wochenlang vorbereiten konnten, bleiben heute oft nur wenige Minuten und Stunden. Wir erinnern uns an langanhaltenden Regen und langsam, aber stetig steigende Wasserpegel in den Flüssen und Bächen unseres Landes. Heute ist das anders. Starke Regenfälle in wenigen Stunden sorgen für Chaos. Die Kanalsysteme sind überlastet und die Zeit um Sandsäcke aufzutürmen, Pumpen anzuschließen und Autos in Sicherheit zu bringen fehlt. Wie in der örtlichen Presse zu lesen war, ist bis zu einem Viertel des eigentlich üblichen Jahresniederschlags in nur einer Stunde gefallen. Hinzu kommt, dass die Unwetterlagen immer häufiger auftreten – in ganz Deutschland und auch spürbar in Rheinland-Pfalz. Das ist eine neue, aber nicht unbekanntere Entwicklung. In Rheinland-Pfalz haben bisher nur rund ein Drittel der Hausbesitzer eine Versicherung gegen Elementarschäden abgeschlossen. Hagel und Sturm sind oft von der Versicherung abgedeckt, der Versicherungsschutz gegen Hochwasser, Erdbeben und Starkregen fehlt jedoch. Deshalb hat unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer die Hausbesitzer dazu aufgerufen, eben diese Elementarschadensversicherung abzuschließen.

Großer Zusammenhalt

Besonders dringlich wird dieser Aufruf, wenn wir uns an die Unwetterereignisse in dem Landkreis Birkenfeld und im Eifelkreis aus dem Mai und Juni dieses Jahres erinnern. Wie auch in vielen anderen Regionen des Landes wurden Autos weggeschwemmt, liefen Keller voll und entstanden finanzielle Schäden in existenzbedrohender Höhe. Auch die Kreise Trier-Saarburg, Kusel, Bernkastel-Wittlich und die Stadt Kaiserslautern mussten schwere Schäden verzeichnen.

Man sagt, in Zeiten der Krise zeigen die Menschen ihr wahres Gesicht. Das trifft für die Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler unumwunden zu. Die Hilfe, die diejenigen erfahren haben, die innerhalb weniger Stunden vor dem Nichts standen, die sich nicht mehr aus eigener Kraft helfen konnten, ist überwältigend. Die Einsatzkräfte von Feuerwehr, Polizei, THW und den Rettungsdiensten waren unentwegt im Einsatz. Nachbarn haben Trümmer beseitigt und sich um die Geschädigten gekümmert, Spenden wurden gesammelt und regionale Unternehmen haben mit Gerätschaften, Strom und Personal bei den Aufräumarbeiten geholfen. Dieser Zusammenhalt in Notsituationen ist ein unverkennbares Merkmal unserer Gesellschaft. Viele Kabinettsmitglieder der Landesregierung waren vor Ort, um sich selbst ein Bild von den Schäden zu machen und um mit den Betroffenen zu sprechen. Auch ich war mehrfach vor Ort und war erschüttert von den enormen Schäden und deren Auswirkungen für die Menschen. Für die Landesregierung, Landkreise und Kommunen stand der dringende Handlungsbedarf außer Frage. Deshalb habe ich die Koordinierung der Hilfsmaßnahmen gerne übernommen.

Land leistet Soforthilfe

Die Schäden haben sowohl private als auch öffentliche Gebäude, Wege und Straßen getroffen. Sogar Feuerwehrräume wurden von den Wassermassen in Mitleidenschaft gezogen. Unsere Landwirte haben mit Ernteaussfällen zu kämpfen. Zu der finanziellen Belastung kommt die persönliche. Einrichtungsgegenstände, Fotos und andere Dinge mit persönlicher Geschichte sind dem Starkregen zum Opfer gefallen. Diese Gegenstände kann niemand ersetzen. Für die dringendsten Fälle in finanziellen Notlagen konnte je-



Staatssekretär **Randolf Stich**

Foto: SPD Rheinland-Pfalz

doch direkte Hilfe geleistet werden. Deshalb hat die Landesregierung Soforthilfen für die besonders stark betroffenen Landkreise und kreisfreien Städte in Höhe von 25.000 Euro pro Schadensereignis zur Verfügung gestellt. Diese Soforthilfe wurde über die Kreise und Städte an diejenigen verteilt, die unmittelbar Hilfe brauchten. Insgesamt hat die Landesregierung in den letzten 25 Jahren rund 1,1 Milliarden Euro in den Hochwasserschutz investiert. Davon wurden Deiche im Land ausgebaut und sogenannte Polder angelegt, die das kontrollierte Abfließen der Wassermassen im Notfall ermöglichen. Gerade angesichts der steigenden Belastung für die Katastrophenschutzsysteme werden die Maßnahmen zum Schutz gegen Unwetterlagen fortgeführt.

Der Blick zurück auf die Starkregenereignisse im Mai und Juni, deren Auswirkungen teilweise auch heute noch deutlich zu sehen sind, sensibilisiert uns für die Zukunft. Deshalb müssen wir uns auch die Konsequenzen unseres Handelns auf den Klimawandel immer wieder vergegenwärtigen. Auch die direkten präventiven Maßnahmen sind wichtig. Deshalb ist es begrüßenswert, dass rund 500 Gemeinden im Land bereits neue Hochwasserschutzkonzepte erstellt haben oder sich aktuell in der Erarbeitungsphase befinden. Das sind wichtige Schritte auf dem Weg hin zu einer guten Vorsorge für Unwetterereignisse in Rheinland-Pfalz. Auf diesem Weg unterstützt die Landesregierung die Kommunen!

Mein abschließender Dank gilt allen Helferinnen und Helfern, die die Geschädigten mit enormer Tatkraft unterstützt haben – sei es in Form von Spenden, beim Auspumpen der Keller, bei der Beseitigung von Schlamm oder mit der Fürsorge für die Betroffenen.

„Wie kann meine Kommune fairer einkaufen?“

Ökologische und soziale Gesichtspunkte beim Einkauf: Fachgespräch der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz. Kommunen sind sich ihrer Macht noch nicht bewusst

Autorin Valerie Ladwig

Die Idee des fairen Handels ist schon lange in der Gesellschaft angekommen. Während viele Bürger beim Kauf von Kaffee, Schokolade oder Papier auf nachhaltige Produktion achten, scheinen sich die meisten Kommunen ihrer erheblichen Marktmacht noch gar nicht bewusst zu sein. Wie sie sich in einer Zeit der globalen Ungerechtigkeit verstärkt für einen faireren Handel einsetzen können, darüber tauschten sich Fachleute und viele engagierte Interessierte bei der SPD-Landtagsfraktion in Mainz aus.

Wo ein Wille ist ...

Klopierpapier, Grabsteine und Arbeitskleidung sind nur einzelne Beispiele aus einem riesigen Warenkorb, der aus fair produzierten und fair gehandelten Produkten bestehen kann. Von der Erzeugung über die Verarbeitung und Vermarktung bis zur Entsorgung gebe es dabei eine ganze Lieferkette in den Blick zu nehmen, so Nils Wiechmann, Projekt-Koordinator für öko-soziale Beschaffung bei ELAN e.V.

Die Relevanz des Themas sei unbestritten, sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer. Als „Land der kleinen Wege“ gebe es in Rheinland-Pfalz beste Voraussetzungen für eine intensivere Zusammenarbeit in dieser Frage, so Schweitzer: „Als SPD-Fraktion wollen wir in Zukunft die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker noch stärker dabei unterstützen, ökologische und soziale Gesichtspunkte beim Einkauf zu berücksichtigen“. Manfred Geis, der Sprecher für Eine Welt-Politik, sieht im Thema eine hohe Dringlichkeit: „Die Welt hört nicht hinter unserer Grenze auf. Die Geltung von Menschen- und Umweltrechten müssen wir woanders genauso wie hier ein-



Fachgespräch bei der SPD-Landtagsfraktion: mit Manfred Geis, Randolph Stich, Nils Wiechmann und Klaus Faßnacht (v.l.)

Foto: SPD-Landtagsfraktion

fordern, wenn wir glaubwürdig sein wollen.“

Seit der Reform der EU-Vergaberichtlinien 2014 ist es rechtlich möglich, soziale Aspekte in einzelnen Bereichen als Vergabekriterien mit einzubeziehen. Für Kommunen, die ihren Einkauf fairer gestalten wollen, empfiehlt Nils Wiechmann: „Beginnen Sie mit einem Pilotprojekt, einer Warengruppe, zum Beispiel dem Papier. Suchen Sie Verbündete und Partner aus dem Handel und der Zivilgesellschaft.“ Individuelle Unterstützung böten Stellen wie ELAN oder die Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung des Bundes.

Konsumverhalten im Wandel

Randolf Stich, Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Ministerium des Innern und für Sport, hob auf die Bedeutung der Zivilgesellschaft im Land ab. Engagement beginne hier oft auf der untersten Ebene und Impulse würden von der Politik aufgegriffen. Beim Thema der nachhaltigen Beschaffung sei man

auf einem guten Weg – „diesen Weg wollen wir weiter beschreiten und die Marktmacht der Kommunen noch öfter nutzen, als es bisher der Fall ist.“ Es brauche einen Wandel des Konsumverhaltens nicht nur des Einzelnen, sondern auch der öffentlichen Stellen, so Stich: „Wir müssen unsere Ansprüche klar artikulieren und damit eine Reaktion des Marktes bewirken. Wir haben viel mehr Handlungsmöglichkeit als wir manchmal denken.“

Nicht zuletzt entsteht eine beispielgebende Wirkung: Wenn eine Kommune deutlich macht, dass Bewerber mit fairen Produkten bessere Chancen auf Auftragserteilung haben, ziehen andere von selbst nach. Die Nachfrage bestimmt das Angebot.

Dass Kommunen häufig ohne Blick auf Nachhaltigkeit, aber auch auf die eigene Wirtschaftlichkeit einkaufen, wusste Klaus Faßnacht, Experte beim Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz, zu berichten. Bei Kleinaufträgen, die immerhin die

Hälfte des gesamten Auftragsvolumens ausmachen, gebe es meist keine zuverlässigen Daten über Bedarf, Anzahl der Beschaffer, Umsätze, Lieferanten, Bestellvorgänge oder Rechnungen. Als Lösung empfahl Faßnacht den Einkauf per E-Katalog, mit dem zentral, transparent und direkt beschafft werden kann. Dabei lassen sich Artikel per Suchfunktion ohne zusätzliche Umstände nach gewünschten Kriterien wie dem Nachhaltigkeitsaspekt anzeigen. „Wenn ich dann nur acht statt 230 Kugelschreibern angeboten bekomme, reicht das auch völlig aus“, so Faßnacht. So lässt sich der soziale Aspekt spielend einbauen.

Daten, die die Stadt Mainz im Laufe ihrer Erfahrung mit dem elektronischen Einkauf gesammelt hat, stützen Faßnachts Thesen: „Die Dauer des Einkaufsprozesses konnte um 45 Prozent gesenkt werden, Beschaffungskosten um 55 Prozent reduziert und bei den Einkaufspreisen konnten zum Beispiel durch Sammelbestellungen 18-34 Prozent gespart werden.“ Eine strategische Steuerung des Einkaufs einer gesamten Kommune auch unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten sei damit so einfach wie nie, so Faßnacht.

SPD-DNA: Gerechtigkeit

Die Teilnehmer des Fachgesprächs waren sich einig, dass die Zeit gekommen ist für mehr Verantwortung nicht nur seitens der Bürger, sondern auch der öffentlichen Stellen. Manfred Geis ermutigte die Anwesenden, sich einzumischen und Fragen zu stellen. „Der faire Einkauf nutzt allen, Herstellern wie Verbrauchern. Und es gehört zur DNA der Sozialdemokratie, für Gerechtigkeit einzutreten, nicht nur im eigenen Land.“

Wer konsumiere, fördere durch sein Einkaufsverhalten die eine oder andere Art der globalen Wirtschaft. „Jede Einkaufsentscheidung ist gleichzeitig eine Botschaft, die Auskunft darüber gibt, welchen Stellenwert faire Arbeits- und Lebensbedingungen für uns haben. Je öfter wir uns für den fairen und nachhaltigen Handel entscheiden, desto mehr stärken wir die globale Gerechtigkeit.“



Sebastian Tilly wurde mit 96 Prozent der Delegiertenstimmer zum OB-Kandidaten nominiert. Er durfte sich dabei über die prominente Unterstützung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer (r.) freuen.

Foto: SPD Pirmasens

Sebastian Tilly strebt Amt des Oberbürgermeisters an

Ende Oktober wird in Pirmasens gewählt. SPD-Kandidat hat klare Vorstellungen. Weg vom Image eines Armenhauses

Autor Wolfgang Kröhler

Am 28. Oktober wird in Pirmasens ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Die SPD schickt mit Sebastian Tilly einen Mann ins Rennen, der klare Vorstellungen hat, wie er – sollte er gewählt werden – der Stadt Pirmasens in den nächsten acht Jahren neuen Schwung verleihen will. Tilly gehört mit seinen 38 Jahren zu den hoffnungsvollen Nachwuchskräften seiner Partei, sitzt seit 2014 im Stadtrat und ist seit diesem Jahr Fraktionsvorsitzender der SPD. Als gebürtiger Pirmasenser weiß er genau, wo man in der Stadt anpacken muss, wo den Menschen der Schuh drückt. Es sei an der Zeit, dass sich etwas tut, sagt er und fasst stichwortartig zusammen, auf was es ihm ankommt: Gute Arbeit – besseres Leben, attraktive Innenstadt – stärkere Identifikation, mehr Miteinander – sozialere Sicherheit.

Modellregion schaffen

Mit an erster Stelle steht für den gelernten Juristen ein Bündnis für Qualifikation, Beschäftigung und Arbeit, an dem sich alle wichtigen Akteure beteiligen: Handel, Handwerk, Industrie, die Gewerkschaften, die Arbeitsagentur, das Jobcenter, die Wirtschaftsförderung und schließlich die Hochschule und die Schulen. Die Stadt Pirmasens solle seiner Ansicht nach den sozialen Arbeitsmarkt fördern. Dies soll gelingen, indem Langzeitarbeitslose gezielt geför-

dert, gefordert und wieder in Arbeit gebracht werden. Die Stadt müsse dabei von Bund und Land unterstützt werden als eine Modellregion für diese Projekte.

Nach den Vorstellungen von Tilly soll Pirmasens der Motor einer regionalen Tourismusinitiative in der Südwestpfalz werden. Denn Tourismus sei ein entscheidender Baustein der regionalen Wirtschaft und biete vielen Bürgern Lohn und Brot.

Stadt mit Selbstbewusstsein

Darüber hinaus sei Pirmasens eine Stadt, in der man Integration lebe. Die Stadt habe es geschafft, Migrantinnen und Migranten zu integrieren. Sie seien Teil der Stadtgesellschaft und „bereichern unseren Alltag, ohne dass die Pirmasenserinnen und Pirmasenser zurückstehen müssen“. Und Pirmasens will Sebastian Tilly neues Selbstbewusstsein einhauchen. Denn die Bürgerinnen und Bürger seien durchaus stolz auf ihre Stadt, die von außerhalb nicht mehr als das Armenhaus der Republik wahrgenommen werden dürfe, sondern als eine aufstrebende Stadt mit Potenzial.

Und Pirmasens ist und müsse die führende Schuhstadt Deutschlands bleiben – insbesondere was Schuhtechnik, Schuhentwicklung und Design angeht.

SGK-Weiterbildungsangebote für die Kommunalpolitiker

Autor SGK Rheinland-Pfalz

„Die kommunalpolitische Weiterbildung unserer Mitglieder bildet bereits seit vielen Jahren einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt der SGK. Neben Fachkonferenzen, die zu verschiedenen kommunalen Schwerpunktthemen durchgeführt werden, bilden zentrale Fortbildungsveranstaltungen, die durch Veranstaltungen vor Ort in einem kleineren Rahmen ergänzt werden, einen wichtigen Bestandteil unserer Arbeit. Es ist ein wichtiges Ziel der Landes-SGK, ihre Mitglieder kommunalpolitisch weiterzubilden und auf dem aktuellen tagespolitischen Stand zu halten“, so Hans Jürgen Noss, Landesgeschäftsführer der SGK.

Besonders jetzt, wenige Monate vor der nächsten Kommunalwahl, ist es wichtig den neuen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich um einen Platz im Gemeinderat, im Stadtrat oder im Kreistag bewerben, das notwendige Fachwissen für die Arbeit im Rat zu vermitteln.

Hierfür bieten sich im besonderen Maße Veranstaltungen vor Ort an, denn es ist für die kommunalen Neulinge wohl einfacher, in einer kleinen übersichtlichen Gruppe die ersten Schritte in das Kommunalrecht zu tun, als in einer größeren Gruppe, deren Personen man nicht oder kaum kennt. Vor allem ist es in diesem örtlichen Rahmen leichter, auf vor Ort bestehende Fragen und Problemstellungen einzugehen.

Als mögliche Themenbereiche für diese Veranstaltungen bieten sich insbesondere an:

- Wie funktioniert die Arbeit im Rat,
- Rechte und Pflichten eines Ratsmitglieds,
- Kommunale Strukturen und die einzelnen Zuständigkeiten,
- Einführung in die GemO,
- Haushaltsrecht, von der Aufstellung des HH-Plans bis zur Beschlussfassung,
- Sitzungsrecht u.a.
- Weitere Themenbereiche können nachgefragt werden.

Diese Veranstaltungen sind selbstverständlich auch für Personen geeignet, die dem Rat bereits angehören und die Gelegenheit nutzen wollen, ihr kommunales Fachwissen aufzufrischen und zu erweitern.

Wenn ihr mit Eurer oder gemeinsam mit anderen Fraktionen vor Ort eine Schulungsveranstaltung durchführen wollt, stellen wir hierfür gerne die erforderlichen Referenten zur Verfügung, gleichzeitig räumen wir aber auch die Möglichkeit ein, die Veranstaltung mit eigenen Fachleuten durchzuführen. Hiervon unabhängig wird von uns die Unkostenpauschale (10 Euro je anwesendem SGK-Mitglied) erstattet. Ihr müsst hierzu nach der Veranstaltung lediglich das Einladungsschreiben und eine Anwesenheitsliste beim Landesverband vorlegen.

Falls Ihr für die Veranstaltung einen Referenten der Landes-SGK benötigt, bitten wir Euch, sich etwa drei bis vier Wochen vor der Veranstaltung mit dem Landesverband in Verbindung zu setzen.